# N i e d e r s c h r i f t

**über die 14. Sitzung des Ausschusses für**
**Jugend, Senioren und Soziales der Stadt Bad Segeberg**
**am Montag, 27. Februar 2006, 18.30 Uhr**
**im Bürgersaal des Rathauses**

An der Sitzung haben teilgenommen:

a) vom Ausschuss:

| | |
|---|---|
| Mitglieder der Stadtvertretung | Gerlinde Reitt (Vorsitzende)<br>Hanno Hagemann<br>Ann-Kathrin Scholz<br>Monika Soltau (ab 18.32 Uhr/TOP 2)<br>Thomas Vorbeck<br>Günter Winter |
| bürgerliche Mitglieder | Otto Marquardt (stellv. Vorsitzender)<br>Margret Petersen-Matthiesen<br>Annette-Adelheid Ulverich |
| es fehlen: | Sigrid Harder (entschuldigt)<br>Volker Stender (entschuldigt) |
| beratende Mitglieder | ./. |

| | |
|---|---|
| b) von der Stadtvertretung: | Bürgervorsteher Bruno Haaks<br>Hans-Joachim Cords<br>Annelie Eick<br>Wolfgang Juhls<br>Udo Karlins<br>Georg Oehlrich |
| c) von der Verwaltung: | Bürgermeister Hans-Joachim Hampel<br>Büroleitender Beamter Dirk Moritz<br>Abteilungsleiter III Jens Greßmann |
| d) Protokollführung: | Jens Greßmann |
| e) vom Seniorenbeirat: | Uwe Janßen |
| f) Bürgerinnen und Bürger: | vier<br>MitarbeiterInnen des JAW's<br>Vertreter der Lübecker Nachrichten |

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23. Januar 2006**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 23. Januar 2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen | 8 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Stimmenthaltungen | 0 |

Frau Soltau nimmt an der Sitzung teil.

**TOP 2: Mitteilungen der Verwaltung**

Die Verwaltung berichtet,

- dass von der ARGE 940 Bedarfsgemeinschaften im Stadtgebiet betreut werden;
- dass das städtische Sozialamt darüber hinaus 192 Haushalte mit Grundsicherungsleistungen und 271 Haushalte mit Wohngeld betreut;
- dass die Stadt Mitglied im Spendenparlament geworden ist.

**TOP 3: Zukunft des Jugendaufbauwerkes Bad Segeberg**

Herr Marquardt begründet den als Tischvorlage verteilten erweiterten Antrag der SPD-Fraktion. Hauptanliegen ist es, bei einem Scheitern der Überleitung an die WAK den Beschluss der Stadtvertretung aufzuheben, die Einrichtung zu schließen.

Bürgermeister Hampel berichtet daraufhin, dass die Beteiligten überwiegend ernsthaft bestrebt sind, den Übergang zur WAK umzusetzen. Einige hätten jedoch die drohende Gefahr noch nicht erkannt. Die Verunsicherung bei den MitarbeiterInnen der gesamten Verwaltung steige, da diese – im Gegensatz zu den MitarbeiterInnen des JAW's – keine Alternativen zur betriebsbedingten Kündigung hätten.

Heute sei der Verhandlungsstand mit der WAK der, dass das Angebot formell noch besteht. Es gibt jedoch das Problem, dass die MitarbeiterInnen eine unverbindliche Erklärung über den Übergang nicht unterschrieben haben, weil sie erst eine Einigung über den Überleitungsvertrag erzielt haben möchten. Die WAK hat indes erklärt, dass eine Basis für Tarifgespräche erst gegeben ist, wenn die Erklärungen der Beschäftigten zum Trägerwechsel und zur Gehaltsstruktur vorliegen. Es steht also zu befürchten, dass das Angebot der WAK widerrufen wird. Es wird diesbezüglich weitere Gespräche geben.

Zum SPD-Antrag führt er aus, dass die Finanzierung über die vorgesehene soziale Abfederung hinaus völlig unklar sei und betont, dass die Verwaltung zu jeder Zeit an dem Thema dran gewesen ist.

Herr Moritz ergänzt, dass der Trägerwechsel notwendig ist. Es ist eine Subventionierung auszuschließen und es dürfe keine Notlösung geschaffen werden.

Herr Marquardt verweist auf andere Standorte und hinterfragt mögliche Umsteuerungen der Agentur.

Bürgermeister Hampel erwidert, dass er den Antrag der SPD-Fraktion nicht zur Beschlussfassung empfehlen kann, da er in der Folge fahrlässig und gegen die Finanzen der Stadt formuliert sei. Im Übrigen liegen bei anderen kommunalen Trägern auch keine Erfahrungen über kommunale Beteiligung vor.
Die Stadt habe stets andere Maßnahmen angenommen, die aber nur wenige Planstellenanteile ausmachen. Hauptauftraggeber sei die Agentur.

Hinsichtlich der Ziffern 5 und 6 des erweiterten Antrages bringt Bürgermeister Hampel zum Ausdruck, dass er ernste Zweifel hege, dass der Antrag die Stadt bei der Lösung nach vorne bringt.

Herr Hagemann, Herr Winter und Herr Vorbeck betonen, dass nicht erneut Hoffnung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geweckt werden sollte. Der CDU-Fraktion sei der Beschluss vom 07.02.2006 durchaus bewusst und es müsse eine dauerhafte Lösung – auch wegen der Sicherheit der MitarbeiterInnen – getroffen werden. Eine GmbH-Lösung scheide aus.

Es wird über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt:

1. Die Stadtvertretung bekräftigt ihre Forderung, die Benachteiligtenförderung für Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt Bad Segeberg und in unserer Region entsprechend dem großen Bedarf weiterhin in hoher Qualität und ohne Unterbrechung zu erhalten.

2. Sollte die geplante Überleitung des JAW Bad Segeberg zur WAK nicht mehr kurzfristig zustande kommen, wird der Beschluss der Stadtvertretung vom 07. Februar 2006 aufgehoben, in diesem Falle des JAW Bad Segeberg zum 31. August 2006 zu schließen.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, für den Teil der JAW-Arbeit, die von der BA finanziert wird, sofort die Gründung einer gemeinnützigen Träger-GmbH vorzunehmen, um noch die „Bieterfähigkeit“ des JAW bei dem jetzt beginnenden Ausschreibungsverfahren der BA sicherzustellen. Dabei ist auf die positiven Erfahrungen an mehreren anderen JAW-Standorten zurückzugreifen.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, sich sofort um zusätzliche Aufträge für das JAW für neue Maßnahmen und Lehrgänge mit Finanzierungsmöglichkeiten – auch unabhängig von der Bundesagentur für Arbeit – zu bemühen.

5. Die Stadtvertretung richtet bis zur gemeinsamen Bewältigung dieser äußerst kritischen Situation sofort einen interfraktionellen Arbeitskreis – unter Einbeziehung der Mitarbeitervertretung – ein, mit dem der Bürgermeister ständig und völlig offen zusammenzuarbeiten hat.

6. Der Hauptausschuss der Stadtvertretung wird beauftragt, die Amtsführung des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit seit Anfang 2004 zu überprüfen und der Stadtvertretung darüber Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen | 3 |
| Nein-Stimmen | 6 |
| Stimmenthaltungen | 0 |

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**TOP 4: Anfragen und Anregungen**

Es werden keine Anfragen gestellt und keine Anregungen gegeben.

Die Sitzung wird um 19.42 Uhr geschlossen.

| | |
|---|---|
| gez. Gerlinde Reitt | gez. Jens Greßmann |
| Vorsitzende | Protokollführer |